

**John Kenneth Galbraith:
Die Ökonomie des unschuldigen
Betrugs. Vom Realitätsverlust
der heutigen Wirtschaft,
Siedler Verlag München 2005,
111 S. (14 €)**

In drei Jahren wird er Hundert: John Kenneth Galbraith, der am 15. Oktober 1908 in Ontario geborene Ökonom und Sozialkritiker, ein Großer seiner Zunft, der zwar nicht wie einige seiner sehr viel unbedeutenderen Kollegen mit dem Nobelpreis geehrt wurde, dafür aber mit Recht bekannter als viele aus dem erlauchten Klüngel ist.

Dass dem hochbetagten Kanadier, der in Princeton und Harvard lehrte und zu den bekanntesten Wirtschaftswissenschaftlern der Welt gehört, der »Preis der schwedischen Reichsbank für Wirtschaftswissenschaften in Gedenken an Alfred Nobel« verwehrt blieb, ehrt den mutigen Streiter wider die Mächtigen mehr, als es ihn zu diskriminieren vermag, erfasst doch die Liste der mit der begehrten Trophäe ausgezeichneten Ökonomen bis auf wenige Ausnahmen nur hartgesottene Apologeten des kapitalistischen Systems, die vorwiegend aus den neoliberalen Denkfabriken US-amerikanischer Provenienz kommen.

Der scharfsinnige und sprachlich brillante Fasthundertjährige passt nicht in diese Schar der Angepassten, warnte er doch schon Ende der fünfziger Jahre vor den Wachstumsfolgen für die Umwelt und beschrieb in zahlreichen Büchern, von denen »Gesellschaft im Überfluss« und »Die moderne Industriegesellschaft« am bekanntesten geworden sind, die Schattenseiten des Kapitalismus, widerlegte dessen Mythen und Lügen. Er prangerte den Widerspruch zwischen dem Überfluss an privaten (häufig überflüssigen) Gütern und dem Mangel an öffentlichen (i. d. R. sehr dringlichen) Leistungen an, befürwortete Lohn- und Preis-Kontrollen, um die Armen zu schützen, forderte hohe Einkommen für Arbeitslose und staatliches Engagement für soziale Sicherheit.

Die Kernthese seines neuesten Buches lautet, dass die von finanziellen und politischen Interessen geprägte »herrschende Meinung« mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun habe. In

11 Kapiteln wird dies an zahlreichen Beispielen belegt.

Die Teile tragen folgende Überschriften: I. Was heißt unschuldiger Betrug? II. Die Umbenennung des Wirtschaftssystems; III. Die Komplizenschaft der Ökonomen; IV. Die Scheinwelt der Arbeit; V. Das Unternehmen als Bürokratie; VI. Die Macht der Konzerne; VII. Der Mythos von den zwei Sektoren; VIII. Die Finanzwelt; IX. Die elegante Flucht vor der Wirklichkeit; X. Das Ende der Unschuld; XII. Außen- und Militärpolitik.

Die Kritik eines Wirtschaftssystems, das »Monopolkapitalismus« heißen müsste, aber verschämt »Marktwirtschaft« genannt wird – ein nichtssagender, falscher und schönfärberischer Name, der den Eindruck erwecken soll, als ginge es lediglich um einen Mechanismus zur Koordinierung von Angebot und Nachfrage, nicht auch und gerade um Macht und Ausgeliefertsein, Diktatur und Unterwerfung –, ist nicht neu, doch erfrischend angriffs lustig.

Galbraith räumt mit Verklärungen und Trugbildern der marktwirtschaftlichen Realität auf: *erstens* mit der absurden Vorstellung, der Markt garantiere die Souveränität des Verbrauchers, wobei in größeren Unternehmen keine Woche vergeht, ohne dass in betriebsinternen Schulungen mit dem Verkaufspersonal bis zum Überdruß wiederholt wird, wie man Kunden gewinnt, behält und zufrieden stellt, ja selbst in der universitären Lehre die Marktmanipulation in wissenschaftlich verbrämter Form einen festen Platz behauptet; *zweitens* mit der Schimäre, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sei identisch mit gesellschaftlichem Fortschritt; *drittens* mit der Schönredung und Verharmlosung einer gnadenlosen Arbeitswelt; *viertens* mit der pauschalen Diffamierung der Schwachen als Schmarotzer und Trittbrettfahrer, während die wohlhabenden Müßiggänger als Leistungsträger gelobt werden; *fünftens* mit dem komfortablen Erscheinungsbild der selbst ernannten Leistungsträger und deren skandalöser Selbstbedienungsmentalität; *sechstens* mit der heuchlerischen Vergötterung des Mittelstandes, der, längst von den Großkonzernen an den Rand gedrängt, keine wirklich tragende Rolle mehr spielt; *siebtens* mit der belustigenden Behauptung, volkswirtschaftliche Entwicklungen bis nach dem Komma ge-

nau voraussagen zu können, und den permanenten Fehlleistungen der Wirtschaftsprognose; *achtens* mit dem fadenscheinigen Gegeneinanderausspielen von staatlichem und privatem Sektor, deren harmonisch-widerspruchsvolles Zusammenwirken nicht nur am militärisch-industriellen Komplex – aber da ganz besonders – studiert werden kann: Während die Eliten der Privatwirtschaft sozialstaatliches Engagement als unzulässigen Eingriff in das freie Unternehmertum und als Sozialismus geißeln, versuchen sie ihre Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen zu verheimlichen; und *neuntens* mit dem tief verwurzelten Irrglauben, die US-Zentralbank (das FED) könne Geldpolitik betreiben und mit dieser bewusst gewollte Wirkungen herbeiführen

Zu Schein und Wirklichkeit auf dem Gebiet der Geldpolitik schreibt Galbraith: »Der Glaube, etwas so Komplexes, Heterogenes und seinem Wesen nach für jeden einzelnen Menschen so Wichtiges wie Geld lasse sich durch gründlich erörterte, aber einfache Entscheidungen beeinflussen, die in einem gefälligen und unauffälligen Gebäude der amerikanischen Hauptstadt unter den ehrfurchtgebietenden Porträts der Amtsvorgänger (gemeint sind die Präsidenten der US-Zentralbank – K. M.) gefällt werden, entspringt nicht nüchternem Realitätssinn, sondern frommem Wunschdenken. So viel inbrünstige Realitätsverleugnung ist schier unglaublich« (S. 89).

Unschuldiger Betrug halt, begangen von Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Medien, die unter Wahrnehmungsproblemen und Realitätsverlust litten, die im aufrichtigen Glauben an ihre Unfehlbarkeit und an ihren überragenden Sachverstand falsche Thesen propagierten.

Sicher mag nicht immer raffinierte Täuschungsabsicht, sondern simple Selbsttäuschung die Irreführenden leiten – ein Beweis dafür, dass es nicht auch die bezahlten Klopffechter (Karl Marx) gebe, die Privilegierten, die bewusst lügen, um Vorteile zu sichern, und die sich für Geld schlagen, ist das jedoch nicht. Wo die uneingeschränkte Macht des Konzernmanagements zu Machtmissbrauch führt, wo Selbstbereicherung großen Stils, wo Bilanzfälschungen und andere betrügerische Machenschaften überhandnehmen, ist auch für Galbraith das Ende der Unschuld erreicht. »Eine

Gesellschaft, in deren Unternehmen eine Mentalität des Absahnsens und Betrugens grassiert, ist moralisch und ökonomisch dem Niedergang geweiht« (S.96). Das Buch endet mit einem Satz, den der Autor seinem Präsidenten in dessen Stammbuch geschrieben haben könnte: »Der Krieg ist und bleibt das schlimmste Versagen der Menschheit« (S. 111).

KLAUS MÜLLER

Heribert Prantl: Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, Droemer Knaur München 2005, 208 S. (12,90 €)

Die Auseinandersetzungen mit den ökonomischen Transformationsprozessen im Kontext des Postfordismus und ihre Konsequenzen im Bereich der Sozialpolitik werden seit einigen Jahren breit geführt. Dabei handelt es sich nicht allein um theoretische Debatten, sondern es hat, wie die Diskussionen um Präkarisierung und Aneignung zeigen, dieses Thema gerade auch innerhalb der politischen Linken eine politisch-praktische Bedeutung.

Nun hat sich auch Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der »Süddeutschen Zeitung«, mit einem eigenen Text in die Diskussion um den Um- bzw. Abbau des Sozialstaats eingeklinkt. Prantl schreibt ein leidenschaftliches Plädoyer für den Sozialstaat und wendet sich entschieden gegen eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Für den Autor ist der Sozialstaat weit mehr als nur eine Befriedung des Klassenantagonismus (»das Feldlazarett hinter den Fronten des Industriezeitalters«) oder eine gesellschaftliche Verpflichtung gegenüber den Armen. Prantl sieht die Sozialpolitik als »Basispolitik der Demokratie« (S. 31). Er knüpft also ein Gesellschaftsverständnis an die Existenz einer sozialen Grundsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger – ein Modell, das auf Chancengleichheit und Partizipation beruht – und schlussfolgert daher: »Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit. Wer den Sozialstaat beerdigen will, der muss also ein Doppelgrab bestellen« (S. 32).

Historisch verortet Prantl die Sozialpolitik, speziell die soziale Marktwirtschaft, in den »großen historischen Kampf der Giganten, also den Kampf zwischen Kapital und Arbeit« (S. 17). Mit dem Ende des klassischen Industriezeitalters und dem Sieg des Kapitals sei diese Konfrontation jedoch beendet, Zugeständnisse und Rücksichtnahme seien heutzutage für die Gewinnmaximierung nicht mehr notwendig. Im Gegenteil, die Gesellschaft, so Prantl, werde zu einem Anhängsel des Marktes. Am Beispiel der Steuersenkungsdiskussion verdeutlicht der Autor dann sehr anschaulich und faktenreich, wie Betriebe und Vermögen entlastet wurden und somit eine Situation der Unbezahlbarkeit der Sozialausgaben geschaffen worden ist. So sei beispielsweise die Unternehmenssteuer seit Anfang der 1980er Jahre sukzessiv gesenkt worden und habe im Jahre 2001, nach drei Jahren rot-grüner Regierung, nur noch einen Anteil von 1,8 Prozent am Gesamtsteueraufkommen ausgemacht. Parallel hierzu konstatiert Prantl eine zunehmende Armut, die jedoch nicht mehr milieubildend wie im 19. Jahrhundert aufträte und daher die Anerkennung ihrer Bedürftigkeit verloren habe. Dies gehe einher mit einer strukturellen Benachteiligung von Familien. Fazit: »Kinderlosigkeit ist epidemisch« (S. 67). Die Familie werde zu einem Auffangnetz für das soziale Sicherungssystem in Zeiten leerer Haushaltskassen.

Prantls Kritik am Neoliberalismus richtet sich also speziell gegen eine kurzfristige Profitfixierung, durch die langfristig das Fundament der Gesellschaft zerstört werde: »Wenn Ungleichheit ein bestimmtes Maß übersteigt, geht sie über in Unfreiheit« (S. 135). Prantl spricht daher von einer »neuen Exklusionsgesellschaft« (S. 154), die mit der Verschlechterung des Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerrechts den Weg der Entsolidarisierung eingeübt habe und dieses nun auch auf weitere Bevölkerungsschichten ausweite. Dabei würden nicht allein bestimmte Personen schlechter gestellt. Prantl zeigt auf, wie sich die Gesellschaft in diesem Prozess fundamental transformiert: Die Reproduktionsmedizin und die pränatale Diagnostik wiesen den Weg, wie Leben zukünftig »sortiert, kontrolliert und entsorgt« (S. 170) werden könne. Hier wäre es wünschenswert gewesen, dass Prantl sich intensiver mit den weiterführenden Folgen der sozialen Exklusion be-

schäftigt und in diesem Kontext stärker auf den Aspekt einer zunehmenden Autoritarisierung der Gesellschaft eingeht – nicht zuletzt auch bei Debatten um die so genannte Sterbehilfe.

Prantl entwickelt seine Argumentation in einem essayistischen Stil. Dabei gibt er viele Beispiele, verliert sich aber auch stellenweise ins Anekdotische. Der Autor hat eine Kritik des Neoliberalismus im Sinne einer liberalen Öffentlichkeit formuliert. Gerade dies verleiht dem Buch seine Bedeutung, hat diese Öffentlichkeit doch seit Beginn der 1990er Jahre zunehmend an gesellschaftlichem Interventionspotenzial eingebüßt. Generell ist aber zu bemängeln, dass Prantl zwar ein engagiertes Plädoyer schreibt, doch bleiben gesellschaftliche Akteure, die diese Vorstellungen auch aufgreifen und durchsetzen könnten, eher im Dunkeln. Es bleibt unklar, auf welche neue gesellschaftspolitische Strategie sich eine Perspektive des sozialen Ausgleichs im Kontext einer auf Gewinnmaximierung orientierten Gesellschaft nach dem Ende der bipolaren Weltordnung beziehen könnte. Damit bleibt Prantls Buch eine Fürsprache für den Sozialstaat, für den rheinischen Kapitalismus, der auf den Ausgleich von Kapital und Arbeit bedacht ist. Konkrete gesellschaftspolitische Perspektiven zeigt er jedoch nicht auf.

JAN SURMANN

Klaus Steinitz: Chancen für eine alternative Entwicklung. Linke Wirtschaftspolitik heute, VSA-Verlag Hamburg 2005, 174 S. (14,80 €)

Im medialen Übergewicht neoliberaler Sachzwangapostel verdienen Stimmen besondere Aufmerksamkeit, die sich dem Mythos der Alternativlosigkeit verweigern. Klaus Steinitz – seit Jahrzehnten mit ökonomischer Theorie und Praxis befaßt – meldet sich mit »Chancen für eine alternative Entwicklung« zu Wort. Die Aufgabe linker Wirtschaftspolitik heute sieht er so: Sie darf »nicht nur auf die Verteidigung bisheriger Errungenschaften fixiert sein«, sondern muß die im 21. Jahrhundert veränderten welt- und volkswirtschaftlichen Bedingungen berücksichtigen, die Menschen

über ökonomische Sachverhalte aufklären und alternative Entwicklungspfade konzipieren. Die sollen sich an folgenden Prinzipien orientieren: Soziale Gerechtigkeit, emanzipatorischer Anspruch, vorrangige Berücksichtigung der Interessen abhängig Beschäftigter und sozial Schwacher, demokratische Mitbestimmung, Zukunftsfähigkeit und internationale Solidarität (S. 98).

Klaus Steinitz wendet sich mit seiner Monographie einem Feld zu, das in den Politikangeboten der Linken bisher nicht seiner Bedeutung entsprechend vertreten war und auch immer noch Kontroversen hervorruft. Er knüpft dabei an Diskussionen an, die – von ihm maßgeblich mit getragen – in der Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik« geführt werden. Für ihn steht – da ist ihm zuzustimmen – gegenwärtig die Ausarbeitung eines alternativen wirtschaftspolitischen *Gesamtkonzepts* nicht im Vordergrund. Zunächst gelte es, »noch beträchtliche Defizite bei der Ausarbeitung praxistauglicher Alternativkonzepte, die auf der Höhe der gegenwärtigen Herausforderungen stehen«, zu überwinden (S. 29). Er wirbt dafür, deren Inhalt nach kürzeren sowie längerfristigen Zeiträumen und »für eine lange, nicht konkret bestimmbare Zeit« (S. 11) zu differenzieren, wirtschaftspolitische Projekte stets in wechselseitiger Verflechtung mit anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu konzipieren und ihrer soliden Finanzierbarkeit größere Beachtung zu schenken.

Im Buch dominieren Alternativen *im* Kapitalismus wie Arbeitszeitverkürzung, öffentlich geförderte Beschäftigung, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, Energiewende, Kurswechsel in Ostdeutschland. Manche Felder und Schwerpunkte alternativer Politik werden leider nur angerissen. Gern hätte man Ausführlicheres dazu gelesen, wie der Autor sich eine »Regulierung der Wirtschaft«, eine »neue Verbindung von Markt und gesellschaftlicher Steuerung« oder die »Verringerung regionaler Disparitäten« vorstellt.

Alternativen *zum* Kapitalismus betreffend schreibt der Autor m. E. zu Recht: »Die Vorstellungen dürfen nicht den Charakter eines weitgehend fertigen Modells des Sozialismus und seiner Funktionsweise annehmen« (S. 128/129). Aber »je besser es durch Veränderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gelingt,

schon heute Veränderungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, Demokratisierung der Wirtschaft und Selbstbestimmung sowie Zukunftsfähigkeit durchzusetzen, desto günstiger sind auch die Chancen, langfristig weitere, größere Schritte in Richtung einer Alternative zum Kapitalismus gehen zu können« (S. 126). Diese theoretisch richtige Aussage hätte durch ein paar praktische Beispiele untersetzt an Anschaulichkeit gewonnen. Das hätte unter anderem durch einen Hinweis darauf geschehen können, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik nicht nur mit seinen Artikeln 14 und 15 (»Eigentum verpflichtet« und Vergesellschaftungsoption) für linke Wirtschaftspolitik durchaus einen originären Rahmen bietet, den es unter den aktuellen Umständen weit offensiver zu nutzen gilt.

Im Abschnitt »Theoretische Grundlagen« geht Steinitz der Frage nach, ob alternativen wirtschaftspolitischen Vorstellungen bestimmte Theorien zugrunde liegen oder ob sie nur aus praktischen Erfolgen und Erfordernissen abgeleitet sind. Seine Antwort: »Alternative Wirtschaftspolitik läßt sich nicht aus einem umfassenden Theoriensystem – etwa der Neoklassik vergleichbar – begründen, indem aus der abstrakten Konstruktion idealtypischer Wirtschaftszusammenhänge universell gültige wirtschaftspolitische Reformen abgeleitet werden. Alternative Wirtschaftspolitik ist in ihren theoretischen Grundlagen und Quellen pluralistisch« (S. 92). Die marxistische politische Ökonomie und der Linkskeynesianismus spielen jedoch im Vergleich zu anderen Theorien eine überragende Rolle.

Eine übersichtliche Zusammenfassung findet sich im Buch zu grundlegenden Unterschieden zwischen alternativer und neoliberaler Wirtschaftspolitik. Der Kern liegt dabei im unterschiedlichen Herangehen an das Spannungsverhältnis zwischen einzelwirtschaftlichen Interessen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen.

Vorliegendes Buch regt gerade angesichts des sich formierenden Linksbündnisses zum weiteren Nachdenken darüber an, inwieweit sich »links«, »alternativ« und »sozialistisch« als Synonyme für die Kennzeichnung einer Wirtschaftspolitik jenseits vom neoliberalen Mainstream eignen.

Dieter Wolf, Heinz Paragenings:
Zur Konfusion des Wertbegriffs.
Beiträge zur »Kapital«-Diskussion,
Argument Verlag Berlin 2004,
240 S. (13,90 €)

Der in der Reihe *Wissenschaftliche Mitteilungen* des Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition e. V. erschienene Band 3 enthält zwei Arbeiten zur Marxschen Werttheorie. Geschrieben in der Absicht, andere theoretische Auslegungen des Marxschen Wertbegriffs zurückzuweisen und eigene Interpretationen vorzustellen, reiht sich das Buch ein in eine Folge von Publikationen zur aktuellen Diskussion der Marxschen Theorie. Es will insbesondere nach der 2003 erfolgten Edition der Manuskripte und redaktionellen Texte von Marx und Engels zum dritten Buch des *Kapitals* von 1871 bis 1895 im MEGA-Band II/14 der Diskussion neues Material liefern und damit neue Impulse verleihen. Beide Texte sind jedoch nicht für ein größeres Publikum bestimmt, sondern für einen eng begrenzten Kreis von Marx- und Werttheorie-Spezialisten. Als Mindestvoraussetzung für die Lektüre dürfte die Kenntnis der ökonomischen Theorie von Marx, insbesondere der *Grundrisse* und des *Kapital*, anzusehen sein, ferner die Kenntnis der Hauptwerke Hegels und der hier kritisierten Schriften von Helmut Reichelt, Hans-Georg Backhaus, Michael Heinrich u. a. Als unverzichtbar erweist sich zudem ein Blick in die Vorarbeiten der Autoren, insbesondere in das häufig zitierte Buch von Dieter Wolf *Der dialektische Widerspruch im Kapital* (2002). Ohne diese Voraussetzungen sind die Aufsätze nur schwer lesbar. Richtig verstehen lassen sie sich aber selbst dann nicht immer, denn die exegetische Marx-Forschung ist inzwischen, ebenso wie die Kant-, Nietzsche-, Weber- etc. Forschung, zu einem Labyrinth verschiedener Ansätze, Zugänge, Interpretationen, aber auch verbotener Wege und Tabus geworden, worin sich der uneingeweihte Leser zwangsläufig verirren muß und sein Ziel, den angestrebten Erkenntnisgewinn, nur schwer erreichen kann.

Die Schwierigkeit, Marx und seine Interpreten »richtig« zu verstehen, ist nicht neu. Die

Autoren weisen im Editorial darauf hin, daß selbst Marx schon damit zu kämpfen hatte. Um die Wertdebatte seiner Zeit zu charakterisieren, bediente er sich wiederholt des Terminus »Konfusion«. Die Gründe dafür sind theoretischer Natur (objektive und subjektive Wertlehre, Unterschied zwischen Maß und Maßstab usw.), in bestimmtem Umfang aber auch sprachlich bedingt. Die komplizierte Hegelsche Sprache, welcher sich Marx bedient, läßt sich nun mal im Englischen oder im Russischen nicht adäquat wiedergeben, so daß es hier unvermeidlich zu Irrtümern und Mißverständnissen kommt. Dies gilt heute natürlich erst recht, wo Englisch zur Wissenschaftssprache geworden ist und das Denken von der Computerlogik beherrscht wird. Marx hat es unter diesen Bedingungen schwer, »richtig« verstanden zu werden. Seine Interpreten und Verteidiger aber nicht minder. Und die Leser sind angesichts der theoretischen und sprachlichen »Konfusion« nicht selten überfordert. Dies kann man bedauern – oder auch nicht. Denn in dieser Schwierigkeit steckt auch die Chance, Marx zu entvulgarisieren und ihn, nach seiner Vereinnahmung durch den Marxismus-Leninismus und andere »linke« Ideologien, endlich der Theoriegeschichte unverfälscht zurückzugeben. Der Preis dafür ist freilich der Verzicht auf seine Popularität. Aber wieso müssen eigentlich mehr Menschen Marx lesen als Hegel, Ricardo, Adorno oder Keynes? Die Theorie sollte den Theoretikern vorbehalten bleiben und die Marx-Forschung den Marx-Forschern. Mit der vorliegenden Schrift wird dies exemplifiziert. Trotzdem hätte man sich am Anfang oder am Ende des Buches eine Erläuterung darüber gewünscht, welche Bedeutung die Kontroverse um den Wertbegriff heute noch hat beziehungsweise, welche Schlussfolgerungen sich aus ihr für die Theorie und die Wirtschaftspraxis der Gegenwart ableiten lassen. Allein die Verteidigung der »reinen Lehre« gegenüber Fehlinterpretationen, unzulässigen Vereinfachungen und Verfälschungen kann es doch wohl nicht sein, was so umfangreiche Arbeiten wie die hier vorgelegten rechtfertigt. Die »richtige« Interpretation einer Theorie schließt neben ihrer wissenschaftlich exakten Deutung immer auch ihre *zeitgemäße* Auslegung mit ein, ihre Begründung im aktuellen Kontext. Dieser Aspekt

kommt in den vorliegenden Aufsätzen zu kurz und nimmt der theoretischen Kontroverse ein wenig von ihrer Aktualität. Dies gilt besonders für den Aufsatz von Heinz Paragenings, aber auch für den ersten Teil des Textes von Dieter Wolf. Der Umfang dieser Arbeit hätte einen derartigen Abschnitt gerechtfertigt.

ULRICH BUSCH

Hermann Weber, Ulrich Mählerl,
Bernhard H. Bayerlein, Horst
Dähn, Bernd Faulenbach,
Jan Foitzik, Ehrhart Neubert,
Manfred Wilke (Hrsg.): *Jahrbuch
für historische Kommunismus-
forschung*, Bd. 2004, Aufbau-
Verlag Berlin 2004, 462 S. (75 €)
(enthält den Internationalen
Newsletter der Kommunismus-
forschung, Nr. 17)

Mit dem vorliegenden Band 2004 eröffnet das »Jahrbuch für historische Kommunismusforschung« sein zweites Jahrzehnt, da im Zeitraum von 1993 bis 2003 wegen eines Verlagwechsels im Jahre 2001 nur zehn Bände erschienen waren. Ein neuer Akzent ist allerdings durch die jetzt erfolgte Änderung in der tragenden Institution gesetzt. Früher war das der Arbeitsbereich DDR-Geschichte an der Universität Mannheim, jetzt ist es die »Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Das äußert sich aber nur in einer gewissen Veränderung des Herausgeberkreises, doch für die Kontinuität in der Ausrichtung steht vor allem Hermann Weber mit seinen Standardwerken zur KPD in der Weimarer Republik und zur DDR-Geschichte. Er hat, wie immer man im Einzelnen seine Bewertungen diskutiert, zweifellos eine ganze Generation von Forschern, und sei es durch Widerspruch, ange-regt. Im Jahre 1992 war er der maßgebliche Initiator einer Konferenz an der Universität Mannheim, die sich, frisch unter dem Eindruck der Archivöffnung, dem Thema »Kommunisten verfolgen Kommunisten« widmete. An diese in einem gleichnamigen Tagungs-

band dokumentierte Konferenz knüpfte das ein Jahr später zum ersten Mal erschienene Jahrbuch an.

Unter einem Dach sollte nun sowohl die Erforschung der *staatlichen Herrschaftsform* wie der *sozialen Bewegung* einen gemeinsamen wissenschaftlichen Ausdruck finden. Und dies auch ohne eine geographische Eingrenzung, entsprechend dem internationalen Anspruch. Der Aufbau der Bände folgt dabei einer über die Jahre bewährten Struktur. Sie spannt sich von Abhandlungen, längeren Aufsätzen – manchmal auch durch kleinere Artikel, Miszellen, ergänzt – über Dokumentationen, Diskussionsbeiträge im »Forum«, biographische Skizzen und Zeitzeugenberichte bis zu Forschungsberichten und Sammelrezensionen. Zudem hat das Jahrbuch seit dem Doppelband 2000/2001 die sinnvolle Ergänzung durch die Einbindung des »Internationalen Newsletter der Kommunismusforschung« erfahren, der, zunächst aufgrund einer privaten Initiative unregelmäßig separat erschienen, über Forschungsprojekte, Tagungen, Archive, Veröffentlichungen usw. informiert.

Die »Selbst-Kannibalisierung« des Kommunismus unter Stalin – gleichsam sein Spezifikum und ihn von anderen politischen Bewegungen der Neuzeit abhebend – bildete denn auch den großen Schwerpunkt in den ersten Bänden. Das blutige Ausmaß freilich verweist darauf, dass dies nur als Ergebnis staatlicher Gewalt möglich war. Dem sowjetischen Staatsapparat war die internationale Partei untergeordnet. Doch Beiträge zur unmittelbaren Nachkriegszeit und dann zu den späteren Jahrzehnten nach der Epoche Stalins schlossen bald an, was sicher nicht nur ein Ausdruck der Weiterentwicklung des Forschungsinteresses war, sondern auch der Zugänglichmachung und der Erschließung von Archivmaterialien folgte.

Auch der nun vorliegende Band reflektiert die angedeutete thematische Breite. Ohne auf alle Beiträge einzeln eingehen zu können, sei zum einen der Schwerpunkt zur Kommunistischen Internationale angeführt. Neben interessanten Beiträgen zur Drehscheibe Wien in den zwanziger Jahren – hier bieten offensichtlich auch die österreichischen Archive bisher noch kaum bekannte Schätze – und zur revolutio-

nären Bewegung Persiens ist es vor allem ein Beitrag von Bernhard Bayerlein, in dem auf der Grundlage des Komintern-Archivs eine Strukturierung des Organisationsgeflechts der Internationale mit ihren zahlreichen Leitungsgremien und Nebenorganisationen versucht wird. Die detaillierte Übersicht mit zahlreichen in verschiedenen Gruppen und Untergruppen gegliederten Tabellen lässt einen aber auch etwas ratlos zurück. Denn man fragt sich, wie sich darin auch die *Entwicklung* der Internationale ausdrückt. Zudem tauchen auch eine Reihe von Organisationsgliederungen aus der Nach-Komintern-Zeit (z. B. erst viel später gegründete Parteien) auf, so dass man vermuten muss, dass hier Strukturen aus der Komintern-Zeit mit nachträglich aus der Zeit der Archiverschließung entstandenen Ordnungskriterien verbunden werden.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet Stalins Herrschaft: durch einen Beitrag seines französischen Biographen Jean-Jacques Marie und durch Betrachtungen zu Einzelaspekten des Massenterrors der dreißiger Jahre. Während weitere Beiträge sich mit der späteren Entwicklung der UdSSR beschäftigen (Sturz Chruschtschows) bzw. mit Veröffentlichungen von und über Lenin sowohl die Frühzeit wie auch das postsowjetische Geschichtsbild im Auge haben, behandeln die meisten Artikel erwartungsgemäß den deutschen Kommunismus, etwa in der Geschichte der KPD vor 1933 (im Zusammenhang mit der »Sozialfaschismus-Theorie«), im Widerstand (anhand der Infiltration durch die Gestapo) und nach 1945. Dazu kommen Aufsätze über die staatliche Herrschaft in der SBZ/DDR mit einem besonderen Blick auf die Rolle der SED. Weitere Beiträge und Rezensionen runden den Band ab, der natürlich auch eine weitere Ausgabe des Newsletters enthält.

All das ist im Allgemeinen äußerst materialreich und gibt zahlreiche Anregungen auch jenseits einzelner Kritikpunkte, die man an manchen Bewertungen und Deutungen haben kann. Allerdings sei auch unterstrichen, dass die Autoren (Autorinnen sind in verschwindender Zahl vertreten) eine große Bandbreite an unterschiedlichen Interpretationen und Einschätzungen vertreten, die nun ganz und gar nicht auf einen Nenner gebracht werden können und – nach den Intentionen der Herausge-

ber, die mit einer entsprechenden Rubrik ausdrücklich zur Diskussion ermuntern – ja auch nicht sollen.

Dass das Jahrbuch jetzt von einer Institution an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft getragen wird, hat ihm keinen neuen »Auftrag« verliehen. Es bleibt weiterhin an dem Kriterium zu messen, inwieweit der Inhalt wissenschaftliche Fragestellungen und Forschungen weiterbringt. Was man sich allerdings wünschen würde, wäre eine breitere »Internationalisierung« in Thematik wie Autorenkreis, was vielleicht auch zu einer stärkeren Berücksichtigung vergleichender Perspektiven führen könnte.

REINER TOSSTORFF

Christiane Brenner, Peter Heumos (Hrsg.): *Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002* (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum Bd. 27), R. Oldenbourg Verlag München 2005, 558 S. (59,80 €), (I);

Arnd Bauerkämper: *Die Sozialgeschichte der DDR* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 76), R. Oldenbourg Verlag München 2005, 143 S. (19,80 €), (II)

Ein Stoßseufzer entfährt *Martin Krämer* in dem lesenswerten und anregenden Band zur sozialgeschichtlichen Kommunismusforschung: »Klassenkämpfe und ihre Austragung vermitteln als Produkt unserer derzeitigen Vorstellungskraft im real existierenden Neoliberalismus ein solches Maß an Unausgewogenheit, daß wir in der Regel den Begriff selber vermeiden, denn Klassenkampf unter den derzeit herrschenden Verhältnissen findet wahrnehmbar und täglich verlässlich nur von oben statt.

Die andere Seite der Medaille erscheint bisweilen überhaupt nicht mehr real denkbar, in bürgerlich konfektionierten Vorstellungen z. B. lediglich als eine monströse Art von blindem Aktionismus oder wahlweise als ein Marionettentheater mittlerweile längst gewendeter Strippenzieher« (I/S. 180 f.). An diesem Mangel leiden naturgemäß auch die meisten Beiträge dieses Bandes wie insgesamt der heutigen Zeitgeschichtsschreibung. Zu begreifen, daß ab 1917 bzw. 1944/49 in weiten Teilen dieser Welt versucht wurde, eine sozialistische Gesellschaftsutopie zu praktizieren, den Kapitalismus mit seiner Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, der sich durch Krisen, imperialistischen Krieg und Faschismus noch zusätzlich delegitimierte, das liegt außerhalb des Erfahrungshorizonts heutiger Intellektueller. Immerhin hat die einmalig umfassende und zunehmend tiefere Beschäftigung mit den archivalischen und oralen Erinnerungsbergen des untergegangenen Sozialismus dazu geführt, daß die euphorisch eindeutig-verdammende Politikgeschichte zunehmend auf Probleme stößt. Ein als diktatorisch und totalitär verschrieenes Regime, das angesichts des Siegeszuges des neoliberalen Kapitalismus trotzdem positive Erinnerungen, gar nostalgisch-ostalgie Gefühle und Einstellungen auslöst, muß irgend etwas gehabt haben, das tragender war. Ob allerdings soziologische Sperenzchen wie die These, daß »Staatssozialismus (...) holistischer Sozialkonstruktivismus in eudämonistischer Absicht« sei und »der ›große Umbau‹ (...) nicht nur intellektuelles Konstrukt, sondern auch emotionaler Attraktor, angereichert mit utopisch-visionären Elementen« (I/S. 17), wie *Christoph Boyer* das anbietet, über einen kleinen Kreis von Akademikern hinaus Wirkung zu erzielen vermögen, darf bezweifelt werden. Solche »Erklärungen« gehen zu deutlich an den Widersprüchen, sozialen Kämpfen und sozialen Nöten der Menschen und einer seit Jahrzehnten gegen den Kapitalismus gerichteten Arbeiterbewegung vorbei.

Im Tagungsband des *Collegium Carolinum* sind Beiträge vereint, die sich sozialgeschichtlichen Fragestellungen zu Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und der DDR im Zeitraum von 1948 bis 1968 widmen. Der Versuch eines komparatistischen Ansatzes ist gelungen. So verweisen die Herausgeber z. B. auf den Um-

stand, daß die bereits in der DDR-Forschung nachgewiesene Situation, wonach »der Industriebetrieb gerade *kein* Ort totalitärer Kontrolle und rigider Anweisungsunterworfenheit war« (Hervorhebung S. B.) auch auf andere Ostblockstaaten auszudehnen ist. Da hilft gar die Übernahme von Analyseinstrumenten marktwirtschaftlich verfaßter westlicher Industriegesellschaften auf die industriellen Beziehungen zwischen »Arbeit« und »Kapital«. Und siehe, so Friedericke Sattler: die »zentralen Planwirtschaften« erscheinen nun auch nur als »zwar verstaatlichte, ansonsten aber mit ganz konventionellen bürokratischen Mitteln gelenkte Volkswirtschaften« (I/S. 36). Allerdings: Die etwas andere Situation einer obschon »nur« verstaatlichten, aber doch der privatkapitalistischen Kontrolle entzogenen Wirtschaft und damit Gesellschaft wird meist unterschätzt. Gleichzeitig scheinen indes schlaglichtartig jene der staatssozialistischen Bürokratie oft genug unbequemen basisdemokratischen Aktivitäten in den Betrieben auf, die den Sozialismus als Anspruch eben weit ernster nahmen, als das bei den für sie stellvertretend die Macht ausübenden Funktionären der Fall war.

Die Untersuchungen von 21 Autoren aus den untersuchten Ländern sind in vier Abschnitte gruppiert: zu den Herrschaftsstrukturen und Konflikten in den Industriebetrieben (*Friedericke Sattler, Małgorzata Mazurek, Mark Pitawaty, Peter Heumos, Martin Krämer*); zur betrieblichen Kulturarbeit (*Helke Stadtland, Jiří Knapik, Jiří Pokorný, Annette Schumann*); zu Repression und sozialen Klassen als Elementen einer Sozialgeschichte der politischen Macht (*Dieter Segert, Karel Jech, Marketa Spiritiova, Jiří Pernes, Mečislav Borák, Dušan Janák*); zu städtischen und industriellen »Aufbaumilieus«, dargestellt am Beispiel sozialistischer »Musterstädte« wie StalinStadt, Ždár nad Sázavou, Sztálinváros und Nowa Huta (*Michaela Marek, Petr Lozoviuk, Sándor Horváth, Katherine Lebow*).

Hier sei auf zwei bemerkenswerte Phänomene hingewiesen, die sowohl für das Verständnis der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft als auch für die Möglichkeiten, Grenzen und Optionen einer sozialismusorientierten Alternative Konsequenzen haben.

Erstens: Studien zeigen, daß Arbeiter die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung als

Chance sahen, einen neuen Umgang mit der Arbeit zu pflegen. Während die Partei- und Wirtschaftsfunktionäre auf eine höhere Effizienz der Produktion, schärfere Normen und bessere Planerfüllung drängten, dabei auch bessere Leistungen stimulieren wollten, sorgten sich die Arbeiter um einen langsameren, weniger zu ihren Lasten gehenden Arbeitsprozeß. Gegen den Leistungsdruck wie gegen die Durchsetzung des Leistungsprinzips favorisierten sie egalitäre Lösungen. Sei es, daß, wenn möglich, Zeitlohn statt Akkordlohn gewünscht wurde, sei es, daß man Prämien reihum vergab oder sei es, daß sie sich massenhaft zu Stoßarbeitern erklärten, um in den Genuß von Vergünstigungen zu kommen. Das »Recht auf Faulheit« wurde als offensichtliche Errungenschaft gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung angesehen. Im Zweifelsfall betrieb man ein »Spiel mit dem System«, wie Mazurek feststellt, um »die eigene Lebenssituation durch die inoffizielle Nutzung der mit dem Arbeitsplatz verbundenen Möglichkeiten und Privilegien zu verbessern« (I/S. 81). Die für die Wirtschaft und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung Verantwortlichen kamen in die Not, Leistungen und Leistungssteigerungen abzuverlangen und sich aus Sicht der Arbeiter tatsächlich wieder in »die da oben« zu verwandeln, die irgendwie doch ein unliebsamer Partner, gar Feind sein konnten – wie dies die Auseinandersetzungen 1953 in der DDR und kurz zuvor in der ČSR oder auch der polnische Krisenzyklus immer wieder bestätigten.

Das *Zweite* dieser Phänomene sind die basisdemokratischen Strukturen, vornehmlich der Arbeiter- bzw. Betriebsräte, die gewerkschaftliche Traditionen aufgriffen, aber auch Erfahrungen etwa der tschechoslowakischen Kommunisten aus der Ersten Republik. Die waren eher auf den »Sozialismus der kleinen Leute« und auch hier wieder eher auf eine »rigide praktizierte egalitäre Lohn- und Sozialpolitik« gerichtet. Das stieß aber z. B. in der Nachkriegs-ČSR auf den Widerstand von Kommunisten wie Sozialdemokraten und Gewerkschaften, aber auch von bürgerlichen Parteien (I/S. 139). Am polnischen Beispiel wird allerdings auch deutlich, daß nicht nur das Machtkalkül der Kommunisten begrenzend für basisdemokratische Selbstverwaltung war.

Es griffen auch technokratische Vorbehalte gegen die Arbeiterräte, denen die notwendige Kompetenz abgesprochen wurde, womit man auch »weiterhin auf eine autoritäre und hierarchische Gliederung« abstellte (I/S. 93). Nicht zuletzt zeigen auch das alltägliche Verhalten von Betrieben und ihren Strukturen beim »Herunterdeklinieren« von Beschlüssen höherer Partei- und Gewerkschaftsorgane« (I/S. 147) sowie das Streben nach »weichen Plänen«, daß alle Vorstellungen von totalitären Strukturen fragwürdig sind. Zu oft dominierte an der Basis ein durchaus systemkonformes Verteidigen der eigenen Interessenlage.

Heumos' Befund scheint nur zu berechtigt und ist für dialektisch wie materialistisch geschulte Analytiker auch gar nicht so überraschend, nur für die Ideologen in dem jeweiligen System – einst wie heute: »Zustimmung zum ›System‹ konnte mit ›abweichenden‹ Handlungen einhergehen wie umgekehrt Distanz und die Verfolgung ›bloß‹ eigener Interessen mit Wohlverhalten. Verhaltensformen ohne Zwischentöne, und nicht anderes läßt die Gemengelage im wirklichen Leben vermuten, findet sich nur hier und da« (I/S. 133).

Diese differenzierte Sicht findet sich in *Bauerkämpfers* enzyklopädisch angelegter (kurz gefaßter) Sozialgeschichte leider so nicht wieder. Als Teil der »Enzyklopädie deutscher Geschichte« bietet er allerdings einen knappen, gründlichen, bei den Verweisen auf Forschungsfragen und Forschungssträngen instruktiven Blick auf die vorherrschende Forschungslandschaft vornehmlich der »ersten« Wissenschaftskultur. Für ihn ist die DDR janusköpfig, vielleicht richtiger ambivalent zwischen den oberflächlich gewünschten Positionen und den sich praktisch vollziehenden Entwicklungen: Homogenisierung contra neue soziale Unterschiede und autonome Bereiche; West-Abschottung contra Westorientierung von Bevölkerung wie Führung; formale Strukturen contra informelle Netzwerke usw. Im Überblick werden die Herausbildung des Staatssozialismus, seine Sozialpolitik, die Rolle von Arbeit, Betrieb und Gewerkschaften ebenso abgehandelt wie Freizeit, Alltagskultur und Konsum sowie die sozialen Schichten. Das Aufzeigen von Forschungsrichtungen und eine recht umfangliche, obschon selektive Bibliographie runden dieses Einführungswerk

ab. Nicht nur ihm fehlt aber das Begreifen, was der sozialistische Versuch sein wollte: eben etwas ganz anderes als die bisherige und nunmehrige kapitalistische Gesellschaft. Wenn z. B. angesichts der Dominanz der Machtelite und ihrer Ziele berechtigt das Fehlen von »Eigenlogiken« der »sozialen Subsysteme« beklagt wird, dann schlägt bei Bauerkämpfer die Kritik am diktatorisch praktizierten Sozialismus sofort in dessen komplette Negation um. Denn wenn er beklagt, daß »im Gegensatz zu marktbedingten Erwerbsklassen (...) die gesellschaftlichen Schichten in der ostdeutschen Zentralplanwirtschaft auf die beträchtlichen staatlichen Transferleistungen angewiesen« seien, übersieht er, daß jede sozialistische Gesellschaft ja eben privatkapitalistische Verhältnisse und Verteilungsmechanismen überwinden muß. (II/S. 53) Ein ähnliches Unverständnis zeigt sich hinsichtlich des nach 1945 vollzogenen Elitenwechsels und der Schaffung einer neuen Dienstklasse und Intelligenz. Genau dieser Elitenwechsel wurde, so irgend möglich, in der nunmehrigen Ex-DDR sofort zurückgenommen, als 1990 die Verhältnisse wieder umschlugen. Trotz dieser erkenntnistheoretischen, allerdings zutiefst ideologisch bedingten Einschränkungen ist Bauerkämpfers Werk ein ebenso lesenswertes Buch wie das hier zuerst besprochene, indem es auch in diesen Fehlstellen den heutigen Stand von Forschungen zur DDR-Sozialgeschichte repräsentiert.

STEFAN BOLLINGER

Sören Niemann-Findeisen:
Weeding the Garden. Die Eugenik-Rezeption der frühen Fabian Society. Westfälisches Dampfboot
 Münster 2004, 303 S. (22,95 €)

Die 1883 gegründete Fabian Society war die intellektuelle Keimzelle der britischen Sozialdemokratie und fungiert bis heute als deren *think tank*. Zu ihren frühen Mitgliedern rechneten sowohl prominente Sozialpolitiker wie das Ehepaar Beatrice und Sidney Webb als auch Literaten wie H. G. Wells oder George Bernhard Shaw. Entstanden in einer Zeit wirt-

schaftlicher und politischer Krisen, entwarfen führende Mitglieder der Fabian Society sozialpolitische Reformprogramme, die gedanklich oft an jene literarischen Dystopien geknüpft waren, die Wells oder Shaw als Literaten berühmt gemacht hatten, wie *Time Machine* oder *Man and Superman*. Der fabische Reformansatz griff dabei auf die Wissenschaftsdiskurse des späten neunzehnten Jahrhunderts zurück, weshalb die Werke von Wells, Shaw und anderer Fabier eine interessante Schnittstelle zwischen Literatur, Wissenschaft und Politik bilden.

Sören Niemann-Findeisen befaßt sich in seinem Buch mit dem Einfluß der Eugenik auf die sozialphilosophischen und sozialpolitischen Konzeptionen der Fabian Society und geht diesem Einfluß in einer Untersuchung der Schriften einflußreicher Fabier der ersten Stunde nach. Detailliert analysiert er dabei die Argumentationsmuster und arbeitet die ideologischen Anklänge und Anlehnungen – wie etwa die an stereotype Darstellungen der Unterlassen – heraus. Seine Untersuchung widmet sich zuerst einzelnen Autoren und behandelt danach die Applikation der eugenischen Konzeptionen der Fabier in exemplarisch ausgewählten Politikfeldern wie der Frauenpolitik, der Armenpolitik oder der Auseinandersetzung innerhalb der eugenischen Bewegung, zwischen konservativen und fabisch-sozialistischen Eugenikern.

Niemann-Findeisen diskutiert die eugenischen Überlegungen der Fabier im Kontext ihrer Sozialismus-Konzeptionen und der sozialpolitischen Probleme und Kontroversen der letzten Jahrhundertwende. Die schwere ökonomische Krise des 1880er Jahre hatte nachhaltig den Fortschrittsoptimismus der Viktorianer erschüttert. Ebenso diskreditiert war der radikale Liberalismus. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und der Erfahrung, daß sich die Engländer in den Burenkriegen gegen die Siedler Südafrikas nur schwer behaupten konnten, entstand im ausgehenden neunzehnten Jahrhundert ein breiter Diskurs über soziale Degeneration. Diese Thematik beherrschte die Schriften der meisten Fabier. Sie stellten unmittelbar die Verbindung zur Eugenik her, denn sie waren davon überzeugt, daß es darum gehen müsse, mit eugenischen Mitteln eine weitere Degeneration abzu-

wehren. So stand für Wells fest, daß ganze »Menschenmassen minderwertig sind« (zit. nach Niemann-Findeisen, S. 50), Shaw behauptete, daß die Armen sich »wie Kaninchen« vermehren und »Träger von Krankheiten« wären (S. 67, S. 74), die Webbs befürchteten die Vermehrung von »Müßiggängern und Parasiten« (S. 90). Niemann-Findeisen stellt sehr anschaulich dar, wie die Stereotypen und Invektiven, die der Diskurs über die Armut über Jahrhunderte kultiviert hatte, von den Fabiern in einer ideologischen Gemengelage reproduziert wurde, die letztlich auf Werten einer Mittelklasse-Ideologie aufbaute, in der Effizienz und Selbstbeherrschung zu zentralen Werten erklärt wurden.

Mit dieser distanzierenden bis feindlichen Haltung gegenüber den Unterklassen korrelierte der antimarxistische Sozialismus der Fabier, dessen Essenz in der Vorstellung einer Steuerung des Staates durch eine vernunftgeleitete, effizienzorientierte Technikelite bestand. Dieser Sozialismus war eher als ein Bündel von Anforderungen an die Menschen denn als deren Befreiung gedacht. Die Steuerungsambitionen der Fabier erschöpften sich dabei nicht in sozialpolitischen Vorstellungen, sondern bestanden auch in eugenischen Maßnahmen der »rassischen« Verbesserung. So schwebte Shaw vor, die Minderwertigen »auf freundliche Art« zu exekutieren (S. 79), die Webbs nahmen die Eugenik als »Science of good breeding« (S. 106) in ihr Programm auf, Annie Besant betrachtete die Elternschaft von »unge-sunden Personen« als »Verbrechen gegen die Menschheit« (S. 113), und für Wells stand fest: »Die Euthanasie der Schwachen und Wollüstigen ist möglich« (S. 51). Niemann-Findeisen stellt fest, daß die Fabier die soziale Lage nicht nur aus der erblichen Anlage, sondern auch aus der Umwelt, also der sozialen Umgebung, ableiteten. Für Sozialpolitiker wie die Webbs bedeutete dies, armen Eltern finanzielle Unterstützung zuzubilligen, um so durch gemilderte Umweltbedingungen die Nachkommenschaft zu verbessern und die »rassische Degeneration« (S. 97) zu vermeiden. Allerdings verbanden sie diese Unterstützung der Bedürftigen sogleich mit der um so größeren Notwendigkeit, eugenisch den Wert der Menschen zu überprüfen und gegebenenfalls eine Elternschaft zu unterbinden. Die Mehr-

heit der Fabier hätte versucht, so Niemann-Findeisen, die Lehre Darwins auf das Soziale anzuwenden. Sie hätten soziale Entwicklung als soziale Evolution verstanden, ohne aber den philosophischen Individualismus zu akzeptieren, der mit dem Schlagwort des Sozialdarwinismus oft verbunden war.

Vielleicht liegt es an dem Umstand, daß Niemann-Findeisen sich auf die Rezeption des eugenischen Denkens der Fabian Society konzentriert, daß er dem ideengeschichtlichen Hintergrund dieses Denkens weniger Platz einräumt. Die teilweise konträren Zugriffe auf das Vokabular der Theorien sozialer Evolution, Wells' Rückgriff auf Darwin, den Lamarckismus Shaws nimmt Niemann-Findeisen nur als Eckpunkte einer Bandbreite von Rezeptionsmöglichkeiten. Es wäre aber interessant gewesen, deren Entwicklung außerhalb der eugenischen Diskurse zu vergleichen, denn so hätte sich analytisch die wissenschaftliche Konjunktur der Begriffe von der Dynamik ihrer originär politischen Verwendung durch die Fabier unterscheiden und ihr eugenischer Diskurs noch präziser herausarbeiten lassen.

Die Arbeit Niemann-Findeisens stellt eine elementare Bereicherung der Forschung sowohl zur Eugenikgeschichte als auch zur Geschichte der Fabian Society dar und behandelt eine Leerstelle in der von der jüngeren Forschung ins Auge gefaßten, problematischen Verbindung von Sozialismus und wissenschaftlichem Eugenik-Diskurs (siehe etwa Reinhard Mocek: *Biologie und soziale Befreiung*, Frankfurt 2002, oder Michael Schwartz: *Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologie in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890-1933*, Bonn 1995). Diese solide Arbeit hat sich vor allem durch ihren Materialreichtum eine überzeugende Perspektive erschlossen und vermag so, ein immer noch vernachlässigtes Problemfeld auszu-leuchten.

THOMAS GONDERMANN